

Social Distancing im Gefängnis

Strafvollzug Kein Ausgang, keine Urlaube, keine Besuche. In Berner Justizvollzugsanstalten herrscht Ausnahmezustand, der Betrieb wurde zurückgefahren. Kurzstrafen werden aufgeschoben.



Im Gefängnis in Witzwil werden keine Besuche mehr zugelassen, wie im ganzen Kanton. Foto: Adrian Moser

Chantal Desbiolles

Während in Italiens Gefängnissen Revolten ausbrachen, weil Besuche nicht mehr erlaubt sind, ist die Stimmung in Berner Justizvollzugsanstalten (JVA) aktuell gut. Seit Donnerstag kommen Besucherinnen und Besucher nicht mehr in die Anstalten – Anwälte ausgenommen. Und auch Ausgang sowie Ferien wurden den Inhaftierten gestrichen.

«Wir haben uns sehr bemüht, dass sie diese Massnahme mit Verständnis aufnehmen», sagt Olivier Aebischer, Leiter Kommunikation beim Amt für Justizvollzug. «Wir sind froh, dass uns das gelungen ist.» Nicht nur habe die grosse Mehrheit der Inhaftierten «grosstes Verständnis» dafür gezeigt, ja, einige seien sogar erleichtert gewesen.

Jedenfalls würden die Vorgaben eingehalten, und die Leute zeigten sich solidarisch mit den vulnerablen Personen – also jenen, die der Risikogruppe angehören.

Social Distancing gilt wie in allen anderen Lebensbereichen auch in den Gefängnissen. Hier ist mit den Suchtkranken auch eine weitere Risikogruppe vertreten. Wegen des geltenden Abstandsgebots ist in einigen Anstalten nur die Hälfte der Insassen überhaupt im Arbeitseinsatz, in anderen ist der Arbeitsbetrieb ganz eingestellt worden.

Auf das Ziel, die Ansteckungsgefahr möglichst gering zu halten, habe man sich wochenlang vorbereitet, sagt Aebischer. Das Personal der Strafanstalten sei sich ohnehin den Umgang mit Leuten mit ansteckenden Krankheiten gewohnt, die Ausgangslage sei also nicht völlig anders als in einem Heim oder Spital. Jede

Anstalt betreibt einen Gesundheitsdienst, organisiert regelmässige Arztvisiten. Ausserdem seien die Anstaltsleitungen im täglichen Austausch mit allen relevanten Stellen wie dem Kantonsarztamt. «Wir setzen die gesundheitlichen Massnahmen sehr konsequent um.»

Arbeitspflicht ausgesetzt

Dazu gehört auch, dass die Arbeitspflicht für vulnerable Inhaftierte schon vor zwei Wochen ausgesetzt wurde. In Hindelbank ist die Arbeit inzwischen eingestellt worden, im Thorberg arbeitet abwechselnd die Hälfte der Gefangenen. In Witzwil, dem grössten Landwirtschaftsbetrieb der Schweiz, müssen die Tiere auch weiterhin versorgt werden.

Wie in den Zellen leben mehrere Leute auch in den Wohngruppen zusammen. In einer Wohngruppe in Hindelbank wurde eine Frau positiv getestet, sie wurde Ende letzter Woche isoliert. Es geht ihr laut Aebischer so weit gut. Drei andere Frauen sind in Quarantäne. Sie zeigen laut Aebischer keine Krankheits-symptome.

Gefängnisse als Epizentren

Besorgt zeigt sich die Menschenrechtsorganisation Humanrights.ch: Sie ruft die Behörden auf, die Grundrechte der Gefangenen während der Corona-Pandemie zu wahren. In den «Epizentren für Infektionskrankheiten» müsse mehr Platz geschaffen, Mitarbeitende entlastet und den Inhaftierten überall ermöglicht werden, ihre Hände zu waschen oder zu desinfizieren.

Humanrights.ch verweist auch auf die Altersstruktur im Vollzug: Beinahe jeder fünfte Gefangene

sei über 50 Jahre alt. Wegen fehlender Betten könne es auch sein, dass Schwererkrankte gar nicht in ein öffentliches Krankenhaus transferiert werden können.

Damit renne die Organisation beim Berner Justizvollzug offene Türen ein, sagt Aebischer. Die Bewachungsstation im Inselfspital, betrieben vom Amt für Justizvollzug, stehe vollumfänglich zur Verfügung. Insassen mit einem schweren Verlauf von Covid-19 würden dahin verlegt.

Weniger Gefangene

Auch die Forderung, die Anzahl Gefangener in den Einrichtungen zu reduzieren, hat das Amt für Justizvollzug gehört. In der Westschweiz hat man bereits reagiert, wie bekannt wurde: Die Genfer Behörden liessen die Kriterien für Festgenommene überarbeiten, damit das überfüllte Gefängnis Champ-Dollon nicht noch stärker belastet wird.

Insgesamt sind es neun Anstalten im Kanton Bern, die über 956 Plätze verfügen. «Unser Gesamtbestand ist merklich gesunken», stellt Olivier Aebischer indes fest.

Das hänge auch mit einem Aufgebotsstopp zusammen. Konkret geht es um Verurteilte, die aktuell in Freiheit sind und deren Strafe später vollzogen werden kann. Dabei handelt es sich laut Aebischer beispielsweise um Kurzstrafen, wie sie bei leichten Vergehen gegen das Strassenverkehrs- und Betäubungsmittelgesetz ausgesprochen werden. Es sind in der Regel Bussen oder Geldstrafen, die in Ersatzfreiheitsstrafen umgewandelt werden. Von jenen, die solche Kurzstrafen zu verbüssen hätten, so Aebischer, gehe keine Gefährdung aus.

Stadt baut Hotline für Fragen rund um Corona aus

Thun Die Stadt Thun erweitert ihr Angebot für Hilfesuchende in der Corona-Krise. Die Koordinationsstelle samt Hotline ist neu von 9 bis 17 Uhr bedient.

Die Stadt Thun und ihr **Stadtpräsident** tun alles, um seinen Einwohnerinnen und Einwohnern in der Corona-Krise beizustehen und Hilfe zu bieten: «Im Namen des Gemeinderates danke ich der Thuner Bevölkerung, dass sie sich an die Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit hält. Danken möchte ich besonders allen Ärztinnen, Pflegern, Buschauffeurinnen, Ladenangestellten und allen anderen, die täglich für uns im Einsatz stehen und andere unterstützen. Die Solidarität ist gross», sagt **Stadtpräsident Raphael Lanz**, wie die Stadt in einer Medienmitteilung schreibt.

Die letzte Woche kurzfristig ins Leben gerufene Koordinationsstelle für hilfebedürftige Personen wurde bereits rege genutzt. «Seit dem ersten Betriebs-tag vom vergangenen Donnerstag melden sich um die 20 pro Tag», präzisiert **Stadtpräsident Raphael Lanz** auf Anfrage. «Klare Nummer eins ist die Frage nach Unterstützung beim Einkaufen. Es rufen vor allem ältere Menschen an, auch Hochbetagte, aber auch Familienangehörige, die we-

gen möglicher Unterstützung für ihre betagten Eltern anrufen.»

Vereinzelte würden sich auch Arbeitgeber von Menschen melden, die selber die deutsche Sprache nicht gut beherrschen. «Einzelne Fragen gibt es auch zur Hilfe bei der Kinderbetreuung, und einige Personen melden sich bei uns, um ihre Unterstützung anzubieten», ergänzt **Raphael Lanz**.

Hilfsangebote koordinieren

Personen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, können sich unverändert bei der Stadt melden. Sie werden über Unterstützungsangebote informiert, zum Beispiel bezüglich Heimplierservice, Kinderbetreuung, Einkaufen und Hunde ausführen. Die Stadt sammelt die Hilfsangebote in einer Liste, die laufend aktualisiert und auch auf der Website aufgeschaltet wird. «Auch koordinieren wir gewisse Anfragen direkt mit Hilfeanbietenden», erklärt der Stadtpräsident.

Personen, die 65 Jahre alt oder älter sind, gehören zur Risikogruppe. Sie verfügen nicht alle über einen Internetzugang. Um

sich direkt an sie wenden zu können, erhalten über 65-Jährige einen Brief des Gemeinderates – signiert von allen fünf Gemeinderatsmitgliedern. Er bittet sie, sich an die Vorgaben des Bundes zu halten und sichert ihnen gleichzeitig die Unterstützung zu mit dem Hinweis auf die Hotline 033 225 88 22 und die verschiedenen Hilfsangebote.

Betriebszeiten ausgedehnt

«Wir rechnen damit, dass die Nachfrage nach dem persönlichen Briefversand merklich zunehmen wird», sagt **Raphael Lanz**. Deshalb seien auch die Betriebszeiten von 9 bis 17 Uhr statt wie bisher bis 11 Uhr ausgedehnt und die Hotline personell verstärkt worden. Neu nehmen vier Mitarbeitende die Anrufe entgegen, um das Volumen bewältigen zu können.

Im Brief betont der Gesamtgemeinderat nochmals, dass die Situation sehr ernst sei. «Bitte halten Sie sich zwingend an die vom Bund verhängten Massnahmen und bleiben Sie daheim! Mit über 65 Jahren gehören Sie zu den be-

sonders verletzlichen Personen. Tragen Sie Sorge zu sich und Ihren Mitmenschen. Nur gemeinsam schaffen wir es, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen und damit unser Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten.»

Die Stadt Thun erfüllt weiterhin, mit gewissen Einschränkungen, die Dienstleistungen für die Bevölkerung. Die Corona-Task-Force der Stadt ist täglich im Austausch. Sie steht auch in Kontakt mit anderen Behörden. Über die aktuelle Lage und allfällige weitere Massnahmen wird via städtische Kommunikationskanäle (Website, Social Media, Medienmitteilung usw.) regelmässig informiert.

Franziska Streun

Hotline für hilfebedürftige Personen von Montag bis Freitag, 9 bis 17 Uhr: 033 225 88 22; Hilfsangebote: www.thun.ch/alterWebsite aktuelle Lage: www.thun.ch/corona Verzeichnis mit Läden und Restaurants mit Heimplierservice: www.wirtschaftsraumthun.ch/coronavirus

Schnelleres Netz auf dem Bödeli, mehr Direkthilfe

Corona Um die Onlinedienste zu verbessern, wird Quicknet-Internet auf dem Bödeli schneller.

Aufgrund der ausserordentlichen Lage erhöht die Kabelfernsehen Bödeli AG laut Medienmitteilung die Internetgeschwindigkeit ohne Zusatzkosten bei jener Kundschaft, welche momentan über ein Abonnement mit weniger als 80 Mbit/s verfügt. Diese Massnahme betrifft circa 4000 Internetkundinnen und -kunden im gesamten Erschliessungsgebiet des lokalen Telecomproviders. Die temporäre Speed-Erhöhung gilt vorläufig bis Donnerstag, 30. April.

Die Gesamtkirchgemeinde der Stadt Thun bietet neuerdings wie andere Anbieter Direkthilfe im Alltag an. Jugendliche, junge Erwachsene, Frauen und Männer der Kirchgemeinde Thun-Stadt stellen sich freiwillig zur Verfügung und bieten Unterstützung im Alltag an. Wie in der Medienmitteilung steht, erledigen sie Einkäufe für ältere Menschen, holen Medikamente, gehen mit Hunden spazieren und unterstützen Familien bei einer Notfall-Kinderbetreuung.

Pfarrerin Sabina Ingold und Katechetin Michal Messerli organisieren und koordinieren die Freiwilligen (Sabina Ingold, 033 222 76 55, sabina.ingold@ref-kirche-thun.ch und Michal Messerli, 078 891 95 13, michal.messerli@ref-kirche-thun.ch; mehr Infos auch unter Mobileboten.ch).

Neu reduziert der TCS vorübergehend seine Dienste. In den Sektionen Bern und Biel-Seeland werden ab sofort keine Motofahrzeugkontrollen (MFK) und Tests sowie Fahrtrainings und Kurse mehr durchgeführt. Diese werden laut Medienmitteilung in der aktuellen Situation in der Corona-Krise als nicht dringend notwendig erachtet, zumal das kantonale Strassenverkehrsamt sämtliche Fristen für die MFK verlängert hat. Deshalb schliesst die TCS-Sektion Bern ihre Einrichtungen in Ittigen und Thun-Allmendingen und die Sektion Biel-Seeland das technische Center in Bözingen vorerst bis zum 19. April. (pd/sft)